

Pressemitteilung

16. Juni 2023

Stand der Verwaltungsdigitalisierung „Digitale Rückständigkeit wird zum Standortrisiko“

Berlin – Die mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) beschlossene Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung kommt in weiten Teilen Deutschlands nur schleppend voran. Sogar das Bundesland, das mit 225 OZG-Leistungen die Nase vorn hat (Bayern), erreicht nicht einmal die Hälfte der im Gesetz vorgesehenen 575 Leistungen. Im Saarland können Bürgerinnen und Bürger derzeit nur 126 Verwaltungsschritte digital erledigen.

Dazu INSM-Geschäftsführer **Thorsten Alsleben**: „Der aktuelle Stand des Behörden-Digimeters dokumentiert das Scheitern der Digitalisierung in Deutschland. Alle Bundesländer hinken meilenweit hinter den gesetzlich verankerten Zielen hinterher. Wenn Mitte 2023 nicht einmal die Hälfte der angestrebten Verwaltungsdienstleistungen digital angeboten wird, ist das ein Armutszeugnis. Bemerkenswert sind auch die Unterschiede zwischen den Ländern: Wenn in Bayern fast doppelt so viele Verwaltungsdienstleistungen digital verfügbar sind wie im Saarland, zeigt sich, dass viele Verantwortliche das Thema noch nicht ernst genug nehmen. **Die digitale Rückständigkeit wird zu einem massiven Standortrisiko.**“

Mehr zum Thema Digitalisierung finden Sie auf www.insm.de.

Pressesprecher INSM: Florian von Hennet, Tel. 030 27877 174; hennet@insm.de